

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 49 (1969-1970)

Heft: 3: Einbürgerung der Kunst? : Um ein neues Selbstverständnis der Kritik

Artikel: Innenpolitische Rundschau

Autor: Spectator

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und die Jugend distanziert sich von den alten Formen. Sie fordert Selbständigkeit in Berufs- und Gattenwahl; sie strömt den zahlreichen neu eingerichteten Berufskursen und höheren Schulen zu – eine neue Klasse einer modernen arabischen «Intelligentsia» ist im Entstehen. Trotz aller Freiheiten und Möglichkeiten und trotz der planmässigen Förderung gegenseitiger Kontaktnahme hängt jedoch viel von der Entwicklung der aussenpolitischen Lage ab.

Ein anderer bemerkenswerter Faktor ist die rasche Entwicklung der *Wirtschaft in den arabischen Gebieten*. Seit dem Sechstage-Krieg von 1967 hat sich die Beschäftigungsziffer in der Industrie mehr als verdreifacht, und sie stände noch höher, wenn nicht die Unsicherheit der politischen Situation hemmend wirkte. Viele Fabriken konnten sich modernisieren und sind nun imstande, rationeller zu produzieren. Ihre Erzeugnisse finden im israelischen Markt restlos Absatz.

So steht die Gesellschaft Israels noch immer in raschem Wandel, und noch

wissen wir nichts Bestimmtes über das endgültige Gesicht des neuen Staates. Inzwischen wächst eine neue Jugend heran, die bereits im Lande selbst geboren wurde; ihr wird die endgültige Prägung der Lebensform der politischen und sozialen Wege des Staates obliegen. In ihr werden sich die Ideale der Eltern, die aus den Ländern des Westens und des Orients kamen, mit den Anliegen ihrer nahöstlichen Heimat verschmelzen. Viele Wunschbilder der Väter und auch viele der heiss gehegten Traditionen der orientalischen Gruppen werden dabei verblassen.

Die neuen Entwicklungstendenzen werden sich noch zu bewähren haben, vielleicht einmal unter neuen Bedingungen, wenn Israel nicht mehr als eine isolierte, stets wehrhafte Nation leben muss. Vorläufig bildet Israel die einzige Demokratie im Mittleren Osten, deren Regierungsform und sozialer Zuschnitt stabil und kräftig genug sind, um wirtschaftliche und kulturelle Schöpferkraft zu entfalten.

Hannah Petor

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Ein schweizerischer Präsident des Europarates

Neutralität und Solidarität, so heisst die Devise der schweizerischen Aussenpolitik, wobei stets die Meinung damit verbunden war, dass es sich um *aktive internationale Solidarität handeln müsse*. Man kann sich fragen, ob die Aussenpolitik unseres Landes in den letzten Jahren diesem Grundsatz wirklich voll gerecht geworden ist. Vergleichbare andere Kleinstaaten wie etwa Schweden, Holland oder Belgien traten auf der weltpolitischen Bühne weit häufiger in Erscheinung. Und wenn es sich bei näherem Zusehen auch immer wieder zeigt, dass die Wirkung von Vorstössen jener Länder letzten Endes nicht allzu gross zu sein

pflegt, so fragt man sich doch hin und wieder, ob die Schweiz nicht da und dort etwas mehr in Erscheinung treten könnte.

Um so erfreulicher ist auf einem solchen Hintergrund nicht übertrieben grosser aussenpolitischer Betriebsamkeit die Tatsache, dass die Konsultativversammlung des Europarates am 12. Mai mit Nationalrat Olivier Reverdin einen Schweizer auf den Präsidentenstuhl berufen hat. So wertvoll die guten Dienste der Schweiz auch sein mögen, die von unserer Diplomatie ständig in aller Welt unauffällig und zuverlässig geleistet werden, so wichtig ist es daneben, auch an exponierten Stellen repräsentativer Art noch mehr in Erscheinung zu treten. Denn die aussenpolitische Tätigkeit eines neutralen Kleinstaates wird nun

einmal nicht allein nach den Arbeitsstunden von willig zur Verfügung gestellten Hilfsorganen, sondern auch nach der optischen Präsenz in den Spitzengremien internationaler Organisationen bewertet.

«Friedensschluss» mit Italien

Während die Aussenbeziehungen zu den meisten andern Nachbarstaaten durch diplomatische Courtoisie charakterisiert sind (hinter der sich zwar manchmal recht handfeste Interessengegensätze verbergen), gibt es in den letzten Jahren im Verkehr mit Italien häufig Situationen, in denen es nicht ohne südländisches Feuerwerk abgeht. So bietet die Fremdarbeiterfrage immer wieder Zündstoff. Und kürzlich ist nun der sogenannte «Lastwagenkrieg» entbrannt. Es ging um Meinungsdifferenzen im Dreiländer-Lastwagenverkehr. Den Italienern war die von der Schweiz geforderte Marge von Transittransporten durch Schweizer Firmen zu hoch; die Schweiz ihrerseits wollte nicht zusätzliche Schwerlastwagen italienischer Herkunft auf ihren Strassen. Zwischenhinnein trug auch ein Streik der italienischen Zöllner noch zur immer grösser werdenden Verwirrung bei.

Am 9. Mai ist es nun zu einem «Friedensschluss» gekommen. Bundesrat Bonvin und der italienische Verkehrsminister trafen sich in Lugano und fanden einen Kompromiss: Die Marge der Bewilligungen wurde gesenkt; der italienische Transit durch die Schweiz wurde weitgehend auf den Schienenweg verwiesen. So herrscht wieder Ruhe an unserer Südgrenze ... bis zum nächsten Mal.

Politisches Konjunkturrittertum oder echter Reformwille?

Anfangs Juni muss das Schweizervolk als Folge eines Referendums der Studenten über das ETH-Gesetz abstimmen. Die politische Ausgangslage ist dabei recht unübersichtlich. Zwar hat der weit überwiegende Teil der Parteien die Nein-Parole ausge-

geben. Man kann sich aber füglich fragen, was diese Parolen wirklich wert sind, das heisst wie weit ihnen das Volk folgen wird. Die Annahme, dass da und dort vorab taktische Überlegungen mit im Spiel waren, ist sicherlich nicht abwegig: Man möchte nicht als «reaktionär» etikettiert werden; man glaubt, nicht «gegen die Jugend» sein zu können; man möchte ein Alibi der Reformfreudigkeit haben, und wäre es nur, um auf diese Weise «mit im Spiel» zu bleiben.

Und doch wäre es sicherlich falsch und ungerecht, diese ganze «Flucht nach vorn» der Parteien, die meist gegen den Willen der entsprechenden Fraktionen geschah, als reinen Opportunismus zu deklarieren. Die Parolen entsprangen wohl vielmehr der Einsicht, dass die ursprüngliche Entscheidungsebene sich inzwischen geändert habe. Aus der Fragestellung im Parlament, ob die Technische Hochschule Lausanne dem Bund übergeben werden solle, ist es zur Fragestellung gekommen, ob es nicht an der Zeit sei, den Technischen Hochschulen überhaupt ein modernisiertes Statut zu geben. Tatsache ist, dass praktisch alle Kreise *beide* Fragen befürworten. Im Grunde geht es nur um das Verfahren, um das Problem nämlich, ob es zweckmässiger sei, das Gesetz jetzt zurückzuweisen und damit eine sofortige Revision gewissermassen zu erzwingen, oder aber die Überführung der EPUL zunächst zu sanktionieren und in einer anschliessenden Phase die eigentliche Hochschulreform in Angriff zu nehmen. So ist man geneigt, den Vorwurf politischen Konjunkturrittertums zurückzuweisen und den Parteien so oder so echtes Verständnis für die Reformatioen der Studenten zuzubilligen.

Totalrevision an der Schwelle der zweiten Etappe

In den letzten Wochen ist die erste Etappe der Totalrevision unserer Bundesverfassung abgeschlossen worden. Parteien, Kantone und Universitäten haben ihre Antworten zum «Fragenkatalog Wahlen» ein-

gereicht. An der Kommission Wahlen ist es nun, die Auswertung vorzunehmen und Schlussfolgerungen zuhanden des Bundesrates zu ziehen. Im Lauf des nächsten Jahres hofft sie, der Landesregierung ihre Anträge unterbreiten zu können. Dann erst wird auch die grundsätzliche Frage «Totalrevision – ja oder nein?» spruchreif werden.

Eine vorläufige Zwischenbilanz ergibt ein eher zwiespältiges Bild. Tatsache ist, dass in vielen Gremien gute Arbeit geleistet worden ist. Sie wurde allerdings dadurch erschwert, dass unsere Generation offensichtlich nicht mehr gewohnt ist, die Optik einer «Politik der kleinen Schritte», wie sie den eidgenössischen Alltag charakterisiert, durch eine Sichtweise der längerfristigen und grundsätzlichen Perspektiven zu ersetzen. Das trifft selbst für die Staatswissenschaft zu, die sich in der jüngsten Vergangenheit weitgehend auf staatsrechtliche Detailfragen konzentriert und spezialisiert hat.

Tatsache ist aber auch, dass die politische Prominenz nur zum geringsten Teil Zeit und Kraft fand, sich an der «eidgenössischen Auslegeordnung» aktiv zu beteiligen. Dieser Umstand könnte für die Zukunft der Staatsreform von Nachteil sein. Denn es ist nicht auszuschliessen, dass die bisherigen Vorarbeiten, die ja den für die Parteien unverbindlichen Charakter einer «Vernehmlassung» tragen, in einem späteren Stadium von der bisher abseitsstehenden Prominenz desavouiert werden könnten. Schon aus diesem Grunde erscheint es als unerlässlich, dass die Diskussion nun nicht etwa unterbrochen wird, bis der Bericht der Kommission Wahlen vorliegt. Es ist notwendig, dass die Staatsreform weiter im Gesichtsfeld der Öffentlichkeit bleibt, um die Angewöhnung an die grundsätzliche Optik stärker zu verankern und zu vertiefen. Darüber hinaus gibt es Einzelprobleme, an deren Lösung unverzüglich herangetreten werden könnte.

Wenn es demgegenüber immer wieder Stimmen gibt, die von einer blossen «Sandkastenübung» reden, weil sie nicht an die politische Realisierbarkeit von tiefergrei-

fenden Reformen glauben, so ist mit allem Nachdruck darauf zu verweisen, dass das «helvetische Malaise» keine Erfindung, sondern eine politische Realität darstellt, mit der es fertig zu werden gilt. Die Motiven zur Totalrevision wurden nicht zuletzt im Hinblick darauf eingereicht, dass es nun an der Zeit sei, sich auf die Grundsätze unseres politischen Lebens neu zu besinnen und ernsthaft an Reformen zu denken. Nichts wäre schädlicher, als wenn nun der Eindruck entstünde, das «Establishment» sei nur um ein Alibi besorgt und kümmere sich im übrigen nicht wirklich um die Staatsreform. Mit einer solchen Haltung täte man unserem Gemeinwesen einen schlechten Dienst. Die Absicht der Motiven könnte auf diese Weise ins Gegenteil umschlagen: Das Malaise würde durch eine «Reformübung» ohne echten Reformwillen der politischen Führungsschicht nur noch schlimmer.

Bewegung im Schulwesen

Mit der Initiative für eine Koordination des Schulwesens aus BGB-Kreisen ist auch äusserlich Bewegung in die Schulpolitik gekommen. Zwar muss man feststellen, dass gerade in diesem Bereich auf der Basis der Erziehungsdirektorenkonferenz schon recht viel geschehen ist. Anderseits ist es aber doch ein Gebiet, das in den Diskussionen um eine Föderalismus-Reform immer wieder stark zu reden gibt. Im Zeitalter der Mobilität, des häufigen Wohnortwechsels auch über die Kantongrenzen hinweg, ergeben sich durch die Verschiedenheit der Schulsysteme Reibungsverluste, die bei den betroffenen Eltern immer grösseren Ärger hervorrufen.

Am 12. Mai ist nun die Konferenz der Erziehungsdirektoren ihrerseits an die Öffentlichkeit getreten, um Rechenschaft über ihre recht weit fortgeschrittenen Arbeiten abzugeben. Wie weit der von ihr angestrebte Konkordatsweg wirklich gesamt-eidgenössisch realisierbar sein wird, muss sich zwar erst noch weisen. Doch wäre es sicherlich ein echt schweizerischer Weg, der

dem staatspolitisch nicht zu unterschätzenden Umstand Rechnung tragen würde, dass die Schulhoheit praktisch das letzte intakte Bollwerk kantonaler Souveränität darstellt.

Kantonale Wahlgänge

Nach wie vor steht auf parteipolitischer Ebene die Frage im Vordergrund, ob der 1967 geradezu sensationell anmutende Vormarsch des Landesrings weiterhin anhalte. Die Wahlgänge der letzten Zeit geben darauf keine eindeutigen Antworten. In Graubünden zum Beispiel verzichtete der Landesring auf eine Beteiligung am Wahlkampf. In Neuenburg versuchte er es zwar, aber er steckte eine Niederlage ein. In Solothurn anderseits gelang ihm ein eigentlicher Durchbruch mit dem Gewinn von 7 Mandaten. Charakteristisch ist dabei, dass auch dort, wie früher in anderen Kantonen so-

wie bei den Nationalratswahlen, die «historischen» Parteien unter sich keine Mandate abtauschten, dass aber alle mehr oder weniger Haare lassen mussten gegenüber dem Landesring.

Dieser Tatbestand dürfte einmal mehr bestätigen, dass sich die «Landesring-Welle» nicht zuletzt gegen das traditionelle Parteiensystem richtet. Es gibt offensichtlich eine latente Bewegung der Unzufriedenheit, die sich gegen die Regierungsparteien wendet und im Landesring ihr Sammelbecken findet. Die Antwort des «Establishments» müsste demzufolge weniger in einer massiven Gegenpropaganda als vielmehr in einer konsequenten Überprüfung der eigenen Politik bestehen. Ohne Zweifel ist nicht nur unsere staatliche Ordnung, sondern auch unser Parteiensystem der Durchleuchtung und Generalüberholung bedürftig.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Spekulation um die D-Mark

Das beherrschende wirtschaftspolitische Ereignis während der Berichtsperiode war zweifellos die *Spekulation um die D-Mark-Aufwertung*, die am 9. Mai mit dem Beschluss des Kabinetts der Bundesregierung, die Parität der D-Mark *nicht* zu ändern, ihren vorläufigen Abschluss gefunden hat. Man ist versucht zu sagen, dass der neue Wirbel um die D-Mark letztlich wohl Reflex tiefergreifender Strukturmängel der internationalen Währungsordnung ist, dass er aber in den vergangenen Wochen durch eine völlig unangemessene Behandlungsweise durch massgebende Vertreter der Bundesregierung erst zu den Dimensionen aufgeblasen wurde, die er schliesslich angenommen hat. Die Austragung von kabinettsinternen Meinungsverschiedenheiten über Währungsfragen in aller Öffentlichkeit, insbesondere die unqualifizierte Redseligkeit von Finanzminister Strauss, hat

die Spekulation zu ihrem hektischen Treiben ermuntert.

Nachdem im November des letzten Jahres die Grossen Koalition sich noch einmütig gegen eine einseitige Aufwertung der D-Mark ausgesprochen hatte – die Bundesbank nahm allerdings schon damals eine andere Haltung ein –, ist nun sechs Monate später festzustellen, dass die währungspolitische Front der Grossen Koalition nicht mehr existiert. Bundeswirtschaftsminister Schiller hat sich zu einem dezidierten Aufwertungsbefürworter gewandelt; er befindet sich zweifellos in guter Gesellschaft, stehen doch die Bundesbank sowie der grösste Teil der Wissenschaft auf seiner Seite. Dagegen beharren Finanzminister Strauss und Bundeskanzler Kiesinger auf ihrem Standpunkt, dass eine D-Mark-Aufwertung nicht in Frage komme. «Solange ich Kanzler dieser Regierung bin, wird es keine Aufwertung der D-Mark geben», hatte Kiesinger im November 1968 ausge-